VORWORT

Die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen kreisen heute in Wissenschaft und Politik um Themen wie Neoliberalismus und Globalisierung. Beide Begriffe tauchen in der öffentlichen Diskussion häufig verkürzt als Schlagworte auf, mit denen Veränderungen auf den unterschiedlichsten Ebenen – von staatlicher Politik bis hin zu den Betrieben – entweder begründet oder kritisiert werden. In aller Munde zwar, sind sie doch zu „Alles-oder-Nichts-Slogans“ geworden. Was vielfach zu kurz kommt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den dahinter stehenden Grundkonzeptionen und Strategien, die in der aktuellen Gesellschaftspolitik vieler europäischer und – viel mehr noch – außereuropäischer Länder merkbar ihre Spuren hinterlassen.

Ziel der in Kooperation zwischen der Abteilung Sozialwissenschaft der AK Wien und dem Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien veranstalteten Tagung im Juni 2005 war eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage, was es mit Neoliberalismus und Globalisierung auf sich hat. Welches sind die ideologischen Prämissen, die Implikationen und aktuelle Politik wesentlich bestimmenden Deutungen? Ist soziale Gerechtigkeit obsolet? Sind Handlungsspielräume für sozial gestaltende Politik passé?
Schwerpunktmäßig standen dabei zum einen Fragen nach den Implikationen für Sozialstaat und Demokratie, im Sinne von sozialen und gesellschaftspolitischen Teilhabechancen im Blickpunkt. Zum anderen ging es um konkrete (sozial)politische Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei zieht sich ein roter Faden durch alle Beiträge: Neoliberalismus und Globalisierung sind keine Naturphänomene, sondern es gibt Steuerungsmöglichkeiten durch Politik.

Die vorliegende Tagungsdokumentation enthält die Beiträge der ReferentInnen.

Dwora Stein zeigt in ihrer Eröffnungsrede, dass Neoliberalismus und Globalisierung für viele ArbeitnehmerInnen mit Angst besetzte Begriffe sind. Denn häufig sind sie es, die die Kosten der damit verbundenen Veränderungen zu tragen haben. Und sie betont die besondere Herausforderung für die ArbeitnehmerInnenvertretungen, bestehende Handlungsspielräume aufzuzeigen und konkrete politische Alternativen umzusetzen.

Alex Demirović bezweifelt in seinem Beitrag die Auffassung von einer Hegemonie des Neoliberalismus. Vielmehr charakterisiert er diesen als „praktische Ideologie der Akteure des Kapitals“, die kein kohärentes Ideengebäude, sondern einen Mix aus unterschiedlichen ideologischen Komponenten darstellt. Diese sind zum Teil bereits in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelt worden. Der Neoliberalismus als „praktische Ideologie“ organisiert die Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen und ist als solche zerstörerisch.

Martin Seeleib-Kaiser zeigt zunächst, dass die ökonomische Globalisierung, definiert als Prozess der Zunahme und Intensivierung von Austauschbeziehungen, ungleichzeitig und ungleichmäßig verläuft. Sie ist auch im 21. Jahrhundert nicht weltumspannend. Wenngleich

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 4–5

direkte Auswirkungen der Globalisierung auf die Sozialstaaten empirisch kaum nachzuweisen sind, so sind doch viele sozialstaatliche Veränderungen mit der Globalisierung begründet worden. Dies impliziert, dass Sozialstaaten auch in Hinkunft eine Reihe von Handlungs- und Gestaltungsoptionen haben.

Friedhelm Hengsbach SJ. führt in seinem Beitrag schlüssig vor Augen, dass nicht die Arbeitsmärkte die Stellgröße für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind, denn diese sind abgeleitete Märkte. Vielmehr sind die Finanzmärkte diese Stellgröße. Und er zeigt, dass auch diese keine unabänderlichen Naturereignisse darstellen, sondern deren derzeitige Verfasstheit auf politische Entscheidungen zurückzuführen ist. Sie sind folglich gestalt- und veränderbar.

Brigitte Young beleuchtet in ihrem Beitrag Auswirkungen der Globalisierung auf so genannte Schwellenländer in Asien und Lateinamerika. Diese haben nicht nur drastische Auswirkungen im Sinne einer massiven Verschlechterung von Arbeits- und Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung. Im Gefolge der zunehmenden Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung wird auch das Verhältnis zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, und damit das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, neu definiert.

Wien, Juni 2006
Ursula Filipič, AK Wien
Emmerich Tálos, Universität Wien

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 4–5